

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

26 (26.6.1947)

Badisches

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 26

Mannheim, den 26. Juni 1947

Preis 15 Pfg.

Hilfe oder politischer Druck?

Truman-Doktrin — Marshall-Plan

Sowjetunion nimmt an Besprechungen teil

Die Sowjetunion hat in einer Antwortnote an die Regierungen Frankreichs und Englands die Einladung angenommen, an einer Konferenz der drei Außenminister teilzunehmen, die nach Vorschlag der sowjetischen Regierung noch im Juni in Paris stattfinden soll. Die Konferenz wird sich mit den Vorschlägen des amerikanischen Außenministers Marshall über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Unterstützung der europäischen Länder befassen.

Die Rede Marshalls hat in der Welt eine recht unterschiedliche Aufnahme gefunden. Im britischen Unterhaus stimmte der Außenminister Bevin dem Marshall-Plan begeistert zu und benützte gleichzeitig die Gelegenheit, um heftige Angriffe gegen die Sowjetunion und gegen die osteuropäischen Demokratien zu richten. Die Zeitung „Daily Worker“ schreibt: „Die Heftigkeit der Angriffe gegen die Sowjetunion und die Versuche einiger Sprecher, mit dem Säbel zu rasseln, lassen sich nur mit der Führung des konservativen Kabinetts während der Chamberlain-Ära vergleichen. Bevin richtete in der übelsten Sprache ein Ultimatum an die Sowjetunion. Er nahm seine Lieblingspose als der neidische und leidende Staatsmann ein und erklärte, daß Schnelligkeit das Wesentlichste sei und daß er sich nicht wieder so behandeln lassen werde wie bei der Moskauer Konferenz. Das ist wohl kaum die Art und Weise, von einem Alliierten zu sprechen, dem man am vergangenen Tage eine Einladung geschickt hat. Die Zweifel an der Aufrichtigkeit des Marshall-Planes werden dadurch kaum verringert werden.“

Der französische Außenminister Bidault begrüßte gleichfalls den Marshall-Plan als entscheidende Tat und fand die einstimmige Billigung der Nationalversammlung mit Ausnahme der Kommunisten, nach deren Ansicht der Marshall-Plan auf egoistischen Motiven basiert und dazu dient, die industrielle Herrschaft der Völker zu zerbrechen und den Weltwirtschaftsanspruch des amerikanischen Monopolkapitals zu verankern. Italien, Frankreich und andere Länder sind durch die Dollar-Anleihen in Abhängigkeit geraten. Die linken fortschrittlichen Kräfte wurden ausgeschaltet und die reaktionären Kräfte teilweise ganz offen wie in Griechenland, der Türkei, Ungarn und anderen Ländern Osteuropas ermuntert und unterstützt. Um sein Ziel zu erreichen, muß das Finanzkapital alle fortschrittlichen demokratischen Prinzipien in Weltpolitik und Weltwirtschaft eindämmen. Auch in

Amerika selbst steht es vor der Aufgabe, den wachsenden Einfluß der Gegner der Truman-Doktrin unter Führung von Henry Wallace einzuschränken. So bezeichnete der englische liberale Abgeordnete Roberts die Rede Marshalls geradezu als „den Versuch, den wachsenden Einfluß von Wallace zu bekämpfen.“ Die „Prawda“ fragt: „Warum war Marshall bei der Darlegung der Truman-Doktrin so absichtlich dunkel?“ und antwortet: „Der Grund liegt in dem Absinken der Popularität der Politik Trumans, sowohl in Europa als auch in Amerika.“

Die Völker Europas fühlen sich in ihrer Unabhängigkeit bedroht, denn sie fürchten um ihr höchstes Gut, ihre nationale Unabhängigkeit, die sie nicht für das Linsen-Gericht einer Dollarhilfe aufgeben wollen, die eine Kontrolle ihrer Wirtschaft durch politische Bedingungen mit sich bringt.

Wie ist der Marshall-Plan gemeint? Das ist die Frage, die die Antwortnote der Sowjetunion anreißt, wenn sie feststellt, daß noch keine Informationen über die Art und Bedingungen einer möglichen wirtschaftlichen Unterstützung seitens der USA vorliegen. Die Sowjetunion hat während des Krieges eng mit Amerika zusammengearbeitet und ist auch heute durchaus bereit zur aufrichtigen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen Wiederaufbau ganz Europas. Die Bereitschaftserklärung der Sowjetunion, an einer Konferenz über eine wirksame Hilfe für ganz Europa teilzunehmen, schlägt jenen die Waffen aus der Hand, welche mit allen Mitteln versuchen, Europa und die Welt in zwei Hälften zu teilen, die mit vielem Aufwand eine Antwort der Sowjetunion im ungünstigen Sinn vorzuziehen und die den Eindruck zu erwecken suchten, als ob sich die Sowjetunion bewußt von Europa isoliere, weil ihr die amerikanische Hilfe nicht genehm sei.



Wo bleiben die Kirschen?

Die Kirschenernte hat Rekordhöhe erreicht! Die Verteilung der Kirschenernte ist katastrophal. Warum erhält die Bevölkerung keine Kirschen? Weil „Transportschwierigkeiten“ dies verhindern? Weil die „Schiffe aus Amerika noch nicht eingetroffen“ sind? Weil ein „Seemannstreik in Amerika“ ausgebrochen ist? Weil „nicht genügend Lokomotiven und Güterwagen“ da sind? Weil der General Clay und die Besatzungsmacht sich der „totalen Verantwortung“ entziehen und ihren „Verpflichtungen“ nicht nachkommen? Weil die amerikanischen Soldaten den Hauptteil der Ernte „beschlagnahmen“? Nein!

Die Kirschen wachsen nicht in Amerika, sondern bei uns! Kein „Seemannstreik“ und kein „Transportproblem“ steht ihrer gerechten Verteilung im Wege! Keine Besatzungsmacht ist an unseren deutschen Kirschen interessiert oder desinteressiert. Keine ungenügende amerikanische Hilfe kann dafür verantwortlich gemacht werden!

Warum also keine Kirschen und kein Obst? Weil unser Landwirtschaftsminister Stoß weiter nichts kann oder will, denn er gehört der CDU an, als hilflos im Landtag zu lamentieren, daß Ein Pfund Kirschen statt für 40 Pfennig für 40 Mark am Schwarzen Markt reißenden Absatz findet. Weil „deutsche Fachleute“ des Reichsnährstandes unsere Ernährung sabotieren!

Weil „deutsche“ Reaktionäre den Hunger organisieren! Deshalb muß der Reichsnährstand verschwinden! Deshalb müssen alle Verantwortlichen für die Ernährungskatastrophe, an ihrer Spitze Schlange-Schönigen, und mit ihm alle Saboteure der Volksernährung, vor deutschen Gerichten für ihr Verbrechen am Volk zur Verantwortung gezogen werden! Deshalb müssen alle unfähigen „Fachleute“ zum Teufel gejagt werden! Deshalb muß das Volk seine Ernährung selber in die Hand nehmen! Nur Volkskontrolle sichert die Volksernährung! Nur Volkskontrolle rettet uns vor dem Hungertod!

Proteste gegen den Hunger

Mannheimer Arbeiter am Ende ihrer Kraft
Die Belegschaft der Firma Daimler-Benz Mannheim stellte am Montag 23. 6. die Arbeit ein. Die tätigen sind mit 790 Kalorien nicht mehr arbeitsfähig. Eine Delegation der Belegschaft erging am dem Mannheimer Rat und erklärte, daß seit vier Jahren auch auf einen großen Teil Schwerarbeiter - Zulagekarten Kartoffeln mehr geliefert wurden. Die Belegschaft beschloß, mit größerer Abordnung, unter dem Vorsitzenden der Industrie-Metall- und Landtagsabgeordneter Paul Schreck, zur Regierung Stuttgart zu fahren und schriftlichen Protest einzulegen.

Arbeitsniederlegung im Kölner Raum
Rund 15 000 Arbeiter im Kölner Raum legten wegen des auf 700 Kalorien abgesenkten Kalorienersatzes die Arbeit nieder.

Hungerstreik in Hannover
In Hannover, Hildesheim und Braunschweig traten die Arbeiter sämtlicher Betriebe am 17. 6. als Protest gegen die schlechte Ernährung in einen Sitzstreik.

Gewerkschaften führen Proteststreik
Am Freitag wurde in Kiel auf Veranlassung der Gewerkschaften ein Streik durchgeführt als Protest gegen das Fehlen eines Ausgleichs für ausgebliedene Kartoffelleieferungen. Alle Kieler Betriebe, auch die Verkehrsbetriebe, die Post und die Fernsprechtänzer, stellten die Arbeit ein.

Sitzstreik in Lüneburg
Um die britische Militärregierung und die deutschen Dienststellen auf die besondere Ernährungsnot in Schleswig-Holstein hinzuweisen, wurde am Freitag in allen Betrieben Lüneburgs ein Sitzstreik durchgeführt.

Kräfte notwendig / Debatte im Landtag
Die Landtagssitzung vom 17. Juni stand im Zeichen der Debatte über den Haushaltsplan 1946 des Wirtschaftsinstituts. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Präsident Keil ein Schreiben des Betriebsrates der Firma Gersch, Stuttgart. In einer Entschliesung fordert dieser die Verwirklichung des Artikels der Landesverfassung, welcher das Mitbestimmungsrecht garantiert.

Entfaltung der eigenen Kräfte notwendig
Die Landtagssitzung vom 17. Juni stand im Zeichen der Debatte über den Haushaltsplan 1946 des Wirtschaftsinstituts. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Präsident Keil ein Schreiben des Betriebsrates der Firma Gersch, Stuttgart. In einer Entschliesung fordert dieser die Verwirklichung des Artikels der Landesverfassung, welcher das Mitbestimmungsrecht garantiert.

Verschleierte Reparationen
Als erster Redner forderte Möhrlein (CDU) die Anrechnung der deutschen Patente bei den Reparationen, die wertmäßig wohl den höchsten Betrag des von den Alliierten übernommenen deutschen Volkswertes ausmachen.

Nur Taten können helfen!
Abg. Schöttle (SPD) wandte sich entschieden gegen eine solche Beschränkung unseres Willens, die Schwierigkeiten durch eigene Kraft zu überwinden. Es gehe darum, in welchem Umfange die Staatsbürger die Lasten des Krieges und der Niederlage zu tragen haben. Wir müssen uns in einer anderen Welt einrichten, als wir früher gewohnt waren. Das fordert Konsequenzen und nicht nur gelegentliche Reden von Planung und Sozialismus.

Was ist zu tun?
Wir stimmen hier mit der Auffassung des Abg. Schöttle, der gleichzeitig Landesvorsitzender der SPD von Württemberg ist, überein. Auch wir sind der Auffassung, daß nicht Reden, sondern Taten am Platze sind. Diese können aber nur sein: Verstaatlichung der Großindustrie in Württemberg-Baden, unter gleichzeitiger Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes.

Wirtschaftsrat kein Fortschritt
Schöttle betonte, daß man nicht allzuviel Hoffnungen mit der Schaffung des Wirtschaftsrates für die zwei Zonen verbinden dürfe. Wahrheit

würden die Kräfte des Rückschlusses sich zunächst in einer starken Position befinden. „Wir selbst“ so fuhr Schöttle fort, haben ein klares Bewußtsein der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands.

Die Komunistische Partei der Abg. Ruess. Er wies darauf hin, daß die Ergebnisse der bis her diskutierten Politik selbst die Beweis sind, daß der Abschluß noch vor Monaten zu setzen. Wenn wir uns allerding mit abfinden wollen, die des Kolonialvolkes einzuräumen, in komme man zu jenem Punkt der Hoffnungslosigkeit, der „Stuttgarter Zeitung“ wurde, daß es vorzuziehen wäre, „kapitalistisch zu vegetieren“ und sozialistisch zu verhungern.

Die große Enttäuschung
Die Komunistische Partei der Abg. Ruess. Er wies darauf hin, daß die Ergebnisse der bis her diskutierten Politik selbst die Beweis sind, daß der Abschluß noch vor Monaten zu setzen. Wenn wir uns allerding mit abfinden wollen, die des Kolonialvolkes einzuräumen, in komme man zu jenem Punkt der Hoffnungslosigkeit, der „Stuttgarter Zeitung“ wurde, daß es vorzuziehen wäre, „kapitalistisch zu vegetieren“ und sozialistisch zu verhungern.

Die große Enttäuschung durch die Mitwirkung der Bevölkerung, insbesondere durch die Gewerkschaften, für eine Möglichkeit aus dem Chaos herauszuführen. Wenn durch den Abgeordneter Württemberg (DVP) die Bedingungen angegriffen worden, die die Durchführung immer noch nicht die Verwirklichung der Rechte der Gewerkschaft festlegen, Gesetz gesichert habe, man sich nicht wundern, ganzen Lande die Arbeiter die Mittel gewerkschaftlichen Bedingungen besinne, um ihr einzusetzen. Die Verantwortlichen der Werktätigen.

„Der Mythos vom Getreidemangel“

Die CDU-Zeitung „Neue Zeit“ veröffentlicht unter obiger Überschrift einen Artikel, mit dem sie auf Grund genauer Zahlenmaterials den Beweis erbringt, daß die weitverbreitete Behauptung von einem angeblichen Getreidemangel in der ganzen Welt in Wirklichkeit eine Erfindung monopolistischer Kreise des amerikanischen Kapitals ist.

Es könnte zum Beispiel die für 1946/47 von der USA zur Ausfuhr vorgesehene Weizenmenge in Höhe von 6,8 Millionen Tonnen ohne Schwierigkeit auf 16 Millionen Tonnen erhöht werden. Der Verfasser ist der Ansicht, daß das Gerüde vom Getreidemangel der Tendenz entspringt, die Preise für Exportwaren auf einem übermäßig hohen Stand zu halten und die Getreidelieferungen zur Ausübung eines politischen Druckes auf jene Länder, die starken Bedarf an Lebensmitteln haben.

250 000 Tonnen Getreide verschwunden

Wie die Zeitung „United States Journal“ berichtet, hat sich der stellvertretende amerikanische Kriegsminister Peterson unter anderem nach Deutschland gegeben, um eine Untersuchung über das Verschwinden von 250 000 Tonnen Getreide Deutschland durchzuführen, das General Clay dem Kriegsdepartement gemeldet hat. Die Hinzuziehung eines erfahrenen Fachmanns vom Intelligence Service lehnte Clay auf Grund seiner Vollmachten ab. Vertrauliche Berichte deuten nach obiger Zeitung auf die Möglichkeit hin, daß eine Untersuchung sensationelle „Enthüllungen“ mit sich bringen würde.

AUS ALLER WELT

- Unterstützung der Widerstandsbewegung in Spanien hat der Weltgewerkschaftsbund beschlossen. Er fordert Einschreiten der UN gegen das Frankoregime.
- Die Schaffung freier und demokratischer Gewerkschaften in Griechenland fordert der Weltgewerkschaftsbund.
- Ein Bankier wurde Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium.
- In Frankreich streiken sämtliche Bankbeamten um Erhöhung der Gehälter. Weitere Streiks gegen die Lohn- und Preispolitik der Regierung Ramadieu werden aus Paris, Departement Nord, und Marseille gemeldet.
- In der Türkei herrscht in den demokratischen Kreisen große Beunruhigung über die Aussicht, eine „Kolonie der Vereinigten Staaten“ zu werden.
- Noch verheerender als Atombomben sollen neue Mittel der Kriegstechnik „Radioaktive Wolken“ und „Bakterienbomben“ sein, an denen in Großbritannien gearbeitet wird.
- Als einen gefährlichen Schritt zu einem totalitären System bezeichnet Präsident Truman das neue Arbeitsgesetz in den Vereinigten Staaten, das das Streik- und Koalitionsrecht der Arbeiterschaft weitgehend aufhebt.

Columbiadirektion versucht sich zu rächen

Die unseren Lesern bereits unendlich bekannte Betriebsleitung der Columbiawerke Weinheim macht wieder einmal von sich reden. Der Inhaber Klotzbach dieser durch ihr unsoziales Verhalten allen Reaktionen als Vorbild dienenden Firma wurde durch das amerikanische Militärgericht zu 6 Monaten Gefängnis und 5000 RM Geldstrafe verurteilt. Er hatte verschwiegen, daß er im Besitze von ausländischen Maschinen war.

Den für die Arbeiterschaft siegreichen Streik (von uns in den Nummern 21 und 22 veröffentlicht) kennen die Herren Direktoren schneidet verschmerzen. Sie versuchen deshalb, sich durch kleinliche Schikanen für ihre Niederlage zu rächen. Am 27. Mai kam der Vergleich zwischen Arbeitgeber und Belegschaft zustande. Am 29. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. 9 Arbeitstage hatte die Belegschaft gestreikt. In die Zeit des Streikes fielen zwei Feiertage. Der Arbeiterschaft sind also neben den Arbeitstagen auch die Bezahlung der Feiertage verloren gegangen. Außerdem hat die Firma bei der Abrechnung von dem wenigen Lohn, den die Arbeiter noch erhielten, die

„Ein Gespenst geht um...“

„Der Dollar rollt...“ Wie aus Kreisen des amerikanischen Außenministeriums verlautet, sollen die USA augenblicklich Pläne ausarbeiten, nach denen bis 1951 bis zu 24 Milliarden Dollars für die wirtschaftliche Genesung der demokratischen europäischen Staaten und für die Bekämpfung des Kommunismus aufgewendet werden sollen. „Stuttgarter Nachrichten“, 13. 6. 47

Kommunismus als Schreckgespenst

Der bekannte amerikanische Sänger Paul Robeson erklärte Pressevertretern gegenüber: „Das kommunistische Schreckgespenst, das in Franco-Spanien, Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien an die Wand gemalt wurde, wird jetzt jedem Volk entgegenge-

Charlie Chaplin zum Kommunistenschreck

Der weltberühmte Schauspieler Charlie Chaplin, der zwar kein Kommunist, wohl aber ein bewährter Freund des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts ist, erklärte zu den in den USA herrschenden Verhältnissen: „Wenn man heutzutage mit dem linken Fuß zuerst vom Kantenteil heruntergeht, wird man beschuldigt, Kommunist zu sein.“

Parteikonferenz der KPD Nordbaden

400 Delegierte aus den Betrieben Nordbadens nahmen am vergangenen Sonntag an der Parteiarbeiterkonferenz der KPD teil. Zwei Punkte wurden eingehend auf dieser Tagung behandelt:

1. Ergebnis und Auswertung der Betriebsratwahl, und
2. Kampf um das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in den Betrieben.

Der 1. Vorsitzende des Landesbezirks Nordbaden, Gen. Willy Grimm, wertete in seinem Referat die Erfahrungen bei den Betriebsratswahlen und Betriebsgruppenarbeit aus und zog die sich für die Zukunft hieraus ergebenden Lehren und Aufgaben. Er zeigte die große Bedeutung auf, die der Arbeit in den Betrieben zukommt, da dort und nicht von der Verwaltung die stehenden Probleme gelöst werden.

Genosse Schreck befaßte sich in seinem Referat mit dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht der werktätigen Bevölkerung. Er wies auf die im Betriebsratgesetz und der württembergisch-badischen Verfassung verkankenen Grundrechte der Arbeitnehmer hin und forderte auf, alle Kräfte anzuspannen, um durch Betriebsvereinbarungen diese gesetzlichen Möglichkeiten praktisch auszunützen und dadurch dem Kampf

unserer Genossen im Parlament den nötigen Rückhalt zu geben. Der Landesdirektor für Arbeit und Soziales, Genosse Klausmann, gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Neuordnung der Sozialgesetzgebung. Seine Darlegungen ließen erkennen, daß trotz der gewaltigen Schwierigkeiten, welche gerade auf diesem Gebiete durch den Zusammenbruch des Hitlerreiches erwachsen sind, auch bei der Neugestaltung der Sozialversicherung der Weg aufwärts geht.

Eine interessierte und aufgeschlossene Diskussion ließ erkennen, daß die Teilnehmer von der Wichtigkeit der aufgeworfenen Fragen sehr überzeugt waren und daß diese Konferenz ihnen praktische Anhaltspunkte zum Handeln gegeben hat.

Im Alter von nahezu fünfzig Jahren verschied am 9. Juni 1947 nach schwerer Krankheit unser lieber Genosse und Poelleiter

JOHANN RUMIG aus Hoffenheim.

Er war ein guter Genosse und tatkräftiger Funktionär. Die Ortsgruppe verlor in ihm einen bewährten Streiter und Vorkämpfer.

KPD Sinsheim

Bei der Städtischen Straßenbahn

Jeder Schaffende hat heute nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, seinen Frei- und Ruhetag auszunützen. Mit weniger als 1000 Kalorien kann man nicht ununterbrochen arbeiten, ohne seine Gesundheit ernstlich zu gefährden. Außerdem ist es ja für niemand ein Geheimnis, daß jeder Arbeiter seine Freizeit nützt, um sei es im Garten oder auf anderem Wege, zusätzliche Lebensmittel für sich und seine Familie zu beschaffen. Wer dies nicht tut, muß entweder verhungern, oder wie Dr. Agartz, Leiter des Verwaltungsamtes in Minden, wegen tochter Unterernährung zur Erholung nach der Schweiz fahren. Trotz dieser bekannten Schwierigkeiten hat das städtische Straßenbahnpersonal, das ja bekanntlich nicht in den Bestanden überfließt, schon seit längerer Zeit freiwillig an seinem Ruhetag Dienst geleistet, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Mit der Zeit haben sich 7000 ausstehende Ruhetage zusammengeleiert. Dazu kommt, daß bei einem Teil der Kollegen der Urlaub noch von 1946 aussteht. Es ist nun an der Zeit, den Leuten die ihnen gebührende Freizeit zu gewähren. Die Beziehungen zu stehenden Tagen wird keine endgültige Beseitigung dieses Zustandes bedeuten, weil er sich ja in absehbarer Zeit bei dem chronisch gewordenen Personalmangel wiederholen wird.

Es liegt nun bei den Herren des Straßenbahnamtes und der Stadtverwaltung, die ja sonst immer alle möglichen Begründungen aufstellen, um alte, überholte Beschränkungen aufrechterhalten zu können, eine vernünftige Lösung dieser Frage zu finden. Wir glauben jedoch, ohne in den Ruf falscher Propheten zu kommen, daß es nicht zu langem Warten kommen wird. Unter gegenwärtigen Bedingungen wird die kritische Personalfrage der Straßenbahn nicht lösen. Kein einmütigen geschulten Facharbeiter, Handwerker wird seinen Beruf aufgeben, um mit der Perspektive im Straßenbahn zu gehen, in 20 Jahren als städtischer Arbeiter einzusetzen.

Für Demokratie im Dorfe

In Hessen müssen bis zum 10. Juli die Orts- und Kreislandwirte in geheimer Wahl neu gewählt werden. In Baden werden die Ortsauftragsträger der Bauern und die Kreislandwirte immer noch wie zur Zeit der Naziherrschaft von oben herab durch das Landesernährungsamt bestimmt und eingesetzt. Dieser Zustand ist unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie. Deshalb verlangen die Bauern, daß auch bei uns in Baden die Ortsauftragsträger und die Kreislandwirte durch die Bauern selbst gewählt werden.

Deutschland Rundschau

● Alle Betriebe in Hannover, Braunschweig und Hildesheim streikten gegen die ungenügende Ernährungslage.

● Die Ministerpräsidenten der Ostzone wollen dem alliierten Kontrollrat Vorschläge für die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und zur Linderung der Not des Volkes unterbreiten.

● Der bayrische Staatsminister Alfred Loritz wurde von seiner Partei als Landesvorsitzender abgesetzt.

● 1000 Wohnungen sollen in Frankfurt für die Angestellten der bizonalen Verwaltungsämter hergerichtet werden.

Martin Andersen-Nexö



In Kopenhagen erlebte vor kurzem der Film „Stine Menschenkind“ seine Uraufführung und fand überall begeisterte Aufnahme. Der Film hat als Grundlage den gleichnamigen Roman des dänischen Dichters Martin Andersen-Nexö.

Martin Andersen-Nexö, geboren 1869, hat den größten Teil seiner Kindheit auf der dänischen Ostseeinsel Bornholm verbracht. Nach einer der sechs

Zeitgemäßes Telefongespräch

Szene: Redaktion des „Badischen Volkssecho“. Das Telefon schrillt!

Der Redakteur: „Badisches Volkssecho, Redaktion.“

Stimme: „Hier ist Nr. 442 04 dringend!“

Redakteur: „Wer ist am Apparat?“

Stimme: „Nr. 442 04. S'ist dringend!“

Redakteur: „Mensch, plätzen Sie nur nicht vor lauter Dringlichkeit aus den Nähten.“

Stimme: „Ich wollte Sie nur einmal fragen, ob Sie keine Aufnahme-scheine für die SS oder NSDAP hätten, oder mir wenigstens sagen können, wo ich solche bekommen kann?“

Redakteur: „Mensch, sind Sie ver-rückt?“

Stimme: „Nein, ich habe aber gerade im „Mannheimer Morgen“ gelesen, daß die 183 Nazi-Interessierten, welche zum Hafenaufbau in Mannheim eingesetzt werden, 1700 Kalorien täglich bekommen. Daß ihnen aber auch noch „je nach Arbeit“ Zulagekarten (Kartoffeln bekommen), ob wir nun gedacht, meine Kollegen und ich (wir können nicht einmal auf unsere Schwerstarbeiterkarten (Kartoffeln bekommen), ob dies keine Möglichkeit für uns wäre?“

Redakteur: „Ja, lieber Freund, da kann ich Ihnen leider nicht helfen. Soweit ich die gesetzlichen Bestimmungen kenne, gibt es keine Möglichkeit des rückwirkenden Eintritts in die NSDAP, oder in eine ihrer Gliederungen. Vielleicht wenden Sie sich mit einem Gesuch an das Befreiungsministerium in Stuttgart und wenn Sie Erfolg haben, so lassen Sie es mich — — — — — bitte! — — — — — wissen.“

Sprechstunden der Redaktion

finden jeweils donnerstags und freitags von 17—19 Uhr statt. Außerhalb dieser Tage bitten wir von Vorsprachen Abstand zu nehmen.

Redaktion des „Badischen Volkssecho“, Mannheim, S. 3, 10. Tel. 432 60.

Unter der Lupe

Mannheim: **Amtsvorstand als Pg. entlarvt**

Immer wieder hat die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltung nicht gründlich gereinigt worden sei und vor allen Dingen, daß die Besetzung der leitenden Stellen nicht den Forderungen einer wirklichen Demokratisierung entspricht. Die Mehrzahl der nach mehr oder minder positiv erledigten Spruchkammerverfahren wieder eingestellten Beamten sind Amtsvorstände und sonstige leitende Personen, während die kleinen Beamten und Angestellten nicht im gleichen Maße wieder eingestellt werden. Um jeden Preis will man bestimmte Nazis halten, ja man spricht sogar davon, daß eine Gruppe von solchen über einen Scheinabstandvertrag mit einer Privatfirma für die Stadt tätig sind und wichtige Einblicke haben. Die Reinigung unserer Verwaltung von den Trägern und Ueberresten des Nazismus darf sich nicht nur im Negativen erschöpfen, sondern muß auch eine positive Seite aufweisen, wenn sie nicht gänzlich nutzlos und unfruchtbar sein soll. D. h. mit der Entfaltung der Träger des Nazismus muß auch eine Erneuerung der gesamten Verwaltung mit bewährten demokratischen Kräften Hand in Hand gehen.

Aber während das Personalamt der Stadt Mannheim in Fällen, wo ihm solche Kräfte vorgeschlagen werden, außerordentlich zurückhaltend ist und in den meisten Fällen unter irgendeinem Vorwand zurückweist, gibt es andere Fälle, die das Personalamt marktschreierisch leicht nimmt. Es wurde dieser Tage aufgedeckt, daß der Amtsvorstand und Leiter des Besatzungskostenamtes Mannheim, Hans Müller, Mitglied der NSDAP seit 1. Mai 1933 ist. Erst nachdem die Militärregierung dreimal darauf hingewiesen hatte, daß gegen Müller Verdachtsmomente bestehen und eine genaue Untersuchung forderte, daß der Amtsvorstand zutage kam. Der Fall des Müller ist typisch sowohl für die Freiheit, mit der diese sich in die entscheidenden Stellen drängen und andererseits für eine Personalpolitik, wie sie in Mannheim gehandhabt wird, die es vorzieht, an Stelle von bewährten Demokraten an leitende Stellen gänzlich unbekannte Leute aus allen

Um das Brot

Nazi-Sabotage auf dem Städtischen Gutshof Karlsruhe-Rüppurr

Bereits vor einem Jahr, am 29. 6. 1946, haben wir in unseren Spalten die

Mifwirtschaft des Gutsäckers Heinrich Zoller

auf dem Städtischen Gutshof Karlsruhe-Rüppurr angeprangert.

Große Mengen von Lebensmitteln sind der Allgemeinheit verlorengegangen durch die geradezu skandalösen Verhältnisse auf diesem Gutshof. Jede sich dem Volke wirklich verantwortlich fühlende Stadtverwaltung hätte schon längst einen solchen Pächter, wie Herrn Zoller, wegjagen müssen.

Der Nazi Zoller ist aber heute noch auf dem Gutshof!

Hat ihn vielleicht unsere Veröffentlichung und die dauernden Anklagen von anderer Seite veranlaßt, sich um eine Verbesserung der Bewirtschaftung des Gutes zu bemühen? **Minnechten!**

Heute noch wie vor einem Jahr sind die Felder beispiellos verunkrautet, so daß nur eine Milernte erwartet werden kann.

Die Arbeitskräfte laufen weg, weil sie derart schlecht verköstigt werden, daß sie sich lieber als Normalverbraucher von den Hungerrationen ernähren wollen.

Im vorigen Jahre wimmelte es auf dem Hofe noch von Federvieh. Von den 40 Gänzen, 45 Enten, 40 Puten und 200 Hühnern ist jetzt nur noch ein Bruchteil vorhanden. Hoffentlich wird die gerichtliche Untersuchung Aufklärung bringen, auf welchem Wege 33 Gänse, 33 Enten und zahlreiche Hühner verschwunden sind.

Das Ablieferungssoll des Gutshofes Rüppurr war im Jahre 1946 um die Hälfte niedriger festgelegt worden, als das Soll der umliegenden Bauern. Aber selbst dieses niedrige Soll wurde nicht erfüllt und von behördlicher Seite mußte die Ablieferung als geradezu kläglich bezeichnet werden.

Und keine Behörde hat sich gefunden, die gegen diesen Nazi-gutspächter durchgegriffen hätte.

Was wäre mit einem Bauern geschehen, der vielleicht nur ein Viertel der Normalmenge abgeliefert hätte?

Das Hofgut Rüppurr lieferte im Jahre 1946 kein einziges Pfund Gemüse an die Großmarktstelle in Karlsruhe ab.

Ja, noch mehr. Ende 1945 wurde dem Gut der Schweinemastbetrieb der ehemaligen NSV übergeben. Gleichzeitig übernahm Herr Zoller noch anscheinlich Mengen von Mastfutter aus den Beständen der NSV. Außerdem hat die Stadt Karlsruhe dem Gut für den Schweinemastbetrieb dauernd Küchenabfälle zu-geliefert. Und was ist dabei herausgekommen?

Ganze 12,89 Doppelzentner Lebendgewicht an Schweinen wurden ab-geliefert.

Die Milchablieferung liegt bei ca. 2 Liter pro Tag und Kuh, obwohl die Kühe nicht, wie bei vielen Bauern, arbeiten müssen.

Das Amtsgericht Karlsruhe hat am 12. 3. 1947 die treuhänderische Verwaltung des Gutes angeordnet. Die Treuhänderschaft hat sich als un Durchführbar erwiesen, weil der Nazipächter Zoller die Anordnungen des Treuhänders durchkreuzt hat.

Die Verhältnisse auf diesem Gute sind, wie der kommunistische Stadt-rat Deck in einem Schreiben an den Oberbürgermeister feststellte,

ein öffentlicher Skandal!

Was soll man aber zu einer Stadt-verwaltung sagen, die auf einem der Stadt gehörenden Gutshof derartige Verhältnisse duldet?

Unsere staatlichen Repräsentanten schicken dauernd Hilferufe in die Welt um Zufuhr von Nahrungsmitteln, und vor unseren Großstädten wird durch ehemalige Nazis Unkraut produziert, und noch zwei Jahre nach dem Zusammenbruch wird diese Sabotage geduldet. Es muß jetzt endlich durchgegriffen werden.

Gedenktage DER WOCHE

25. 6. 1869 Martin Andersen Nexö, dänischer Arbeiterdichter geb.
27. 6. 1905 Matrosenaufstand a. d. Panzerkreuzer „Potsdam“ in Odessa.
28. 6. 1919 Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages 1919. Erzherzog Ferdinand und dessen Frau in Sarajevo getötet. — 1712 Jean Jacques Rousseau, franz. Dichter und Philosoph, geb.
29. 6. 1805 Thom. H. Huxley, englischer Zoologe, gestorben. — 1831 Freiherr vom Stein, Staatsmann, gestorben
30. 6. 1946 Volkseinscheid 1. Sachsen, überwältigende Mehrheit für Enttötung der Nazi und Kriegsverbrecher. — 1934 Hitlers Blutbad unter inner- und außerpolitischer Opposition (Röhm-Revölve).
1. 7. 1742 G. Chr. Lichtenberg, sätirischer Schriftsteller, geboren. 1946 G. W. Leibniz, Philosoph und Mathematiker, geboren.
7. 7. 1920 Klara Zetkin spricht als erste kommunistische Abgeordnete im Reichstag. — 1877 Herm. Hesse, Schriftsteller, geboren. — 1865 Lilly Braun, soz. Schriftstellerin. — Wie wir in letzter Minute erfahren, hat der Mannheimer Stadtrat in einer Sondersitzung heute morgen (Montag, 23. Juni) einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der die Militärregierung gebeten wird, dem Abtransport von Kartoffeln aus der umhersperrten Stadt Mannheim Einhalt zu gebieten.

Hungerdemonstration der Mannheimer Frauen

Vergangenen Samstagvormittag kam es auf dem Mannheimer Hauptmarkt zu einer spontanen Hungerdemonstration. Schon seit 3 Uhr früh standen zahlreiche Männer und Frauen auf dem Marktplatz, um die angekündigte Kartoffelverteilung in Empfang zu nehmen. Als um Viertel nach 9 Uhr der Händler erschien und erklärte, daß die erwartete Kartoffelmenge nach Berlin weitergeleitet wurde, „da dort eine Hungersnot ausgebrochen ist“, gab die Masse ihrer Empörung lauten Ausdruck. Etwa 400 Frauen zogen auf den Platz vor dem Rathaus, um dagegen zu protestieren, daß seit vielen Wochen die Mannheimer Bevölkerung ohne Kartoffelverteilung gelitten ist.

Eine Delegation der Frauen drang zum Leiter des Ernährungsamtes vor und übermittelte dessen Beamten die Forderungen der hungernden Einwohner. Im Einvernehmen mit Stuttgart wurde eine Ersatzgabe von Brot für diese Woche in Aussicht gestellt, jedoch hat man bis zum heutigen Tage nichts näheres bezüglich gehört. Wer kein Brot in letzter Minute erfahren, hat der Mannheimer Stadtrat in einer Sondersitzung heute morgen (Montag, 23. Juni) einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der die Militärregierung gebeten wird, dem Abtransport von Kartoffeln aus der umhersperrten Stadt Mannheim Einhalt zu gebieten.

Die Hausfrau als Schwerarbeiter

Wer möchte angesichts der katastrophalen Ernährungslage, in der wir uns heute befinden, bezweifeln, daß Hausfrauenarbeit Schwerarbeit ist. Wer kennt nicht die Not der verzweifelten Frauen, die ohne Kartoffeln, ohne genügend Nahrungsmittel und Gemüse ihren hungernden Kindern und Männern ein Essen auf den Tisch stellen sollen. Tagaus, tagein Schlangengestehen um buchstäblich alles, was nur irgendwie mit der Ernährung zusammenhängt. Schlangengestehen aber auch auf dem Wirtschaftsmark um Bezugscheine für dringend benötigte Kleidung und Schuhe. Schlangengestehen vor den Kohlenhändlern um die paar Zentner Holz, die dann mühsam mit den primitivsten Fahrzeugen nach Hause geschleppt werden. Wer kann den Grad der Verzweiflung der Hausfrauen ermessen, die auf unbestimmte Ankündigungen hin: „Es gibt Kartoffeln!“ sich schon vor Morgenkräften vor den leeren Marktständen anstellen, um wenigstens ein paar Pfund Kartoffeln auf die Zulagekarten ihrer Männer zu erkämpfen, um dann nach Hause zu gehen, um verzweifelnd den Kindern zu sagen: „Müde der Hunger.“

Mageres Ergebnis

Die im Mai durchgeführten Hofbegehungen zur Erfassung überschüssiger landwirtschaftlicher Produkte hatten, wie jetzt bekannt wird, ein ziemlich dürftiges Ergebnis.

Im Kreise Mannheim wurden z. B. erfaßt: 34 Tonnen Brotgetreide, 16 Tonnen Hafer, 10 Tonnen Gerste, 3 Tonnen Kartoffeln.

Dies erfaßte Brotgetreide reicht nicht aus, um die Brotration für die Mannheimer Bevölkerung auch nur einen Tag sicherzustellen.

Auf diese Weise geht es also nicht! Wenn man die Bauern andauernd mit Hofbegehungen belästigt, kommt man zu keinem befriedigenden Ergebnis, unsere Ernährungslage wird dadurch in keiner Weise gebessert und für die Bauern ist das auch kein Anreiz, in Zukunft durch Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion zu steigern.

Die Kommunistische Partei hat in ihrer Erklärung zur Ernährungslage am 21. April den Weg gezeigt.

Vor allem müssen die Saboteure unserer Ernährungswirtschaft, Dr. Dietrich und Schlange-Schönungen, die reaktionären Elemente aus dem ehemaligen Reichsnährstand, endlich verschwinden und eine wirkliche Bodenreform, Enteignung des Großgrundbesitzes, muß durchgeführt werden, wenn Hungerkatastrophen in Zukunft vermieden werden sollen.

CDU-Bürgermeister Kunkel von Leutershausen in Nöten!

Der KPĐ-Ortsgruppe Leutershausen ist es gelungen, in enger Zusammenarbeit mit der Schreinerinnung einer Großschieberaffäre auf die Spur zu kommen. Der Aprilangeestellte Wacker ver-schob mit Beihilfe des Herrn Bürger-meisters Kunkel, dessen Schwester u. a. Möbel, welche nach Erklärungen der Werkpolizei genügt hätten, die ganze Be-legschaft der Leinwerke der Anilin mit je einem Schlafzimmer, einem Wohnzimmer und einer Küche zu versorgen.

Nachdem Anzeige bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft und dem Staatsmin-sterium erstattet wurde, versucht nun der Herr Bürgermeister, die wahre Sach-lage zu verdrängen. In Rundschriften an die Flüchtlinge gibt er zu verstehen, daß er — der christliche Bürgermeister — alles getan hätte um ihnen Möbel zu beschaf-fen, daß aber gewisse Elemente dieses von edelstämigen Motiven geleitete Vorhaben vereitelt hätten.

Wir fragen Sie nun, Herr Bürgermeister Kunkel, wäre es nicht besser, durch Ihr Schweigen Ihre Schuld einzugestehen, statt durch Ihr provokatives Verhalten die Flüchtlinge noch mehr zu verärgern, warum haben Sie dann Wacker gehalten, die Möbel zu verschleppen, anstatt die Flüchtlinge mit den so dringend benötigten Tischen, Schränken und Betten zu versorgen?

Herr Bürgermeister Kunkel, Sie werden Ihrer Sache am besten dienen, wenn Sie abtreten und ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragen.

Mosbach: Berichtigung: Der in Mosbach und Umgebung lebende Herr Wacker, eiter im Nazitreich noch sehr wohl be-kannte ehemalige Vorstand des Erb-gundheitsgerichtes (heute Sterilisations-gericht), Herr Dr. Bornschelm, hat uns, zu dem in Nr. 23, Jahrg. 2, unserer Zeitung erschienenen Artikel unter der Ueber-schrift „Mosbach“ folgende Berichtigung zu bringen:

„Es ist unwar, daß ich an der Veran-staltung in der „Krone“ teilgenommen habe. Ich habe erst durch die Presse da-von erfahren. Bornschelm.“ Die Redaktion.

Die Antwort Wilhelm Piecks

Berlin, den 23. Mai 1947.

Lieber Freund Martin Andersen-Nexö!

Ueber Dein Schreiben vom 9. Mai habe ich mich sehr gefreut. Leider kam ich infolge Verpflichtungen außer-halb Berlins nicht dazu, Deine und Deiner Gattin herzliche Grüße sofort zu erwidern.

Welche Freude würde es sein, wenn Ihr beide uns in Berlin besuchen könntet. Ich weiß, daß wir in Dir einen treuen Freund haben und Du uns in unserem Kampf um die Schaf-fung eines neuen demokratischen und friedlichen Deutschland eine große Hilfe leistest. Nimm also die Versiche-rung unserer großen Verehrung und trüben Kameradschaft entgegen. Ich grüße Dich und Deine Frau Johanna auf das herzlichste und wünsche Euch beiden Gesundheit und weitere geistige Schaffenskraft.

Dein Wilhelm Pieck

„Tänze für Käthe Kollwitz“

ein Gruppentanzwerk der Tanzgruppe Dore Hoyer, am 4. Juli 1947, 21 Uhr, im Nationaltheater Mannheim.

Herzliche Grüße! Deine ergebenen Johanna und Martin Andersen-Nexö.

Lebensschilderung eines Weibes der Arbeiterklasse, das ihre menschliche Erhöhung im Muttertum findet.

Martin Andersen-Nexö ist nicht nur der sozialste Dichter Dänemarks, der mit unendlicher Liebe dem Schicksal der Namenlosen nachspürt, sondern auch der Sprecher des Proletariats, der sich nicht scheut, eine scharfe An-grißstellung gegen die herrschenden Klassen zu beziehen.

Der Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, der kürzlich Andersen-Nexös Werk „Die Kindheit“ neu herausgab, hat sich damit ein großes Verdienst erworben, indem er uns den großen Arbeiterdichter, der vor 1933 einer der bekanntesten ausländischen Verfasser in Deutschland war und der einer der warmen Freunde des deutschen Volkes ist, wieder nahe bringt.

Martin Andersen Nexö schreibt an Wilhelm Pieck

Der berühmte antifaschistische dänische Schriftsteller Martin Andersen Nexö, dessen Buch „Die Kindheit“, vor einiger Zeit in Berlin neu herausgegeben wurde, sandte an den Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Wilhelm Pieck, nachstehendes Schreiben:

Der größte Roman „Stine Menschen-kind“ ist das Gegenstück zu Pelle, der Eroberer,“ es ist die wahrbare